

## 1. Veranstaltung

### Die lieben Nachbarn in Quartier und Gemeinde

Wir stehen vor grossen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen und brauchen einen Handlungsansatz, der auch die Zivilgesellschaft aktiv mit einbezieht. Dafür sind **soziale Innovationen** nötig, wie z.B. Nachbarschaftsprojekte. In der folgenden Zusammenfassung der Referate wird informiert über die Landschaft der sozialen Innovationen in Bern, über konkrete Projekte, selbstorganisierte Wohn-Communities und wie Politik sie unterstützen kann.

#### Referentinnen

##### **Prof. Dr. Ingrid Kissling-Näf**

*Die Ökonomin und Politologin leitet seit Januar 2018 das Departement Wirtschaft der BFH. Vorher führte sie während fünf Jahren die Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften beim Schweizerischen Nationalfonds. Sie ist Co-Präsidentin des Vereins SIBA, der das Ziel hat, Innovationen aus der Zivilgesellschaft im Raum Bern zu fördern.*

##### **Dr. Kirsten Hillebrand**

*ist Assistenzprofessorin im Departement Wirtschaft der BFH, Ihre Forschungsgebiete sind die Nutzung von zivilgesellschaftlichen Daten, soziale Innovationen & Entrepreneurship.*

## Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur nachhaltigen Entwicklung

Die vergangenen Jahrzehnte brachten nebst zunehmenden globalen Problemen eine komplexe Vielfalt an digitalen Möglichkeiten, die ein „neues Denken“ verlangen. Vernetzung auch auf kleinem Raum und themenbezogene Plattformen eröffnen neue Wege:

#### **Transformative Innovationen**

zeichnen sich dadurch aus, dass sie über eine hohe Wirkung verfügen und einen radikal systemverändernden beziehungsweise systemprägenden Charakter haben. Zentrales Merkmal dieser Innovationen ist eine besonders grosse Hebelwirkung, um den Gesamtprozess der Transformation zur Nachhaltigkeit voranzubringen.

Beispiele: Wasserstoffbasierte energieintensive Industrie, Umsetzung von Kreislaufwirtschaft, neue Praktiken wie die Sharing Economy, Umstellung von Konsummustern (Verzicht auf Fleisch).

#### **Soziale Innovationen (SI)**

sind ein innovativer **Problemlösungs-Ansatz** aus der Zivilgesellschaft, der neue Ideen generiert (z.B. in Form von Produkten oder Dienstleistungen) um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, Machtverhältnisse zu ändern, Menschen durch Ressourcenzugang zu stärken und dessen Wirkung sich in der Kooperation aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft maximiert.

#### **Die Berner SI-Landschaft und Nachbarschaftsinitiativen**

*(Der folgende Text stammt - leicht gekürzt - von der Webseite [www.siba-bern.ch](http://www.siba-bern.ch))*

„Die BFH Wirtschaft unterstützt soziale Innovation: Forschende des Instituts Sustainable Business haben den **Verein Soziale Innovation Bern Accelerator SIBA** konzeptionell beraten und vor vier Jahren eine Plattform für sozial innovative Projekte gestartet. Sie ermöglicht eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft.

In der Region Bern gibt es vermehrt zivilgesellschaftliche Initiativen und sozial innovative Projekte, welche Bürger\*innen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen unterstützen. Sie erhöhen z.B. die Ressourceneffizienz, lancieren kulturelle Angebote oder initiieren Foodprojekte. Damit leisten sie einen massgeblichen Beitrag zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung. Leider entfalten isolierte sozial innovative Initiativen oft nur lokale Wirkung. SIBA will das ändern.

**Rund 70 Organisationen und Unternehmen** sind auf der SIBA-Plattform gelistet mit ihren Projekten in den Bereichen: Community, Generationen, Inklusion, Ressourceneffizienz, Urban Gardening und Vernetzung. Damit bietet die Plattform erstmals einen Überblick über die sozialen Innovationen in der Region Bern. Zusätzlich sollen geeignete Businessmodelle mit den Initiant\*innen, den staatlichen Akteur\*innen und der Wirtschaft entwickelt werden. Die Plattform soll so auch für die Entscheidungsträger\*innen in Politik und öffentlicher Hand zu einem wichtigen Instrument werden.

## Umsetzung von sozialer Innovation in Nachbarschaften und selbstorganisierte Gemeinschaften

### 1. Beispiel Wohnbaugenossenschaften

#### Wohnsiedlung Holliger

Sechs gemeinnützige Bauträger haben sich zusammengeschlossen in der Infrastrukturgenossenschaft Holliger ISGH, und einen Siedlungsverein gegründet, um gemeinsam preisgünstigen und nachhaltigen Wohn- und Lebensraum zu schaffen. Auf der Brache der ehemaligen Kehrlichtverbrennungsanlage im Quartier Holligen entstehen in den nächsten vier Jahren rund 330 zeitgemässe und bezahlbare Wohnungen. Mietwohnungen und Begegnungsräume für junge, junggebliebene und ältere Menschen, für Einzelpersonen, Wohngemeinschaften und Familien. Ein Beispiel für gelebte Nachbarschaft.

#### Huebergass, Bern

Die Überbauung im Quartier Holligen ist das Ergebnis eines durch die Stadt Bern ausgelösten Investoren- und Projektwettbewerbs. Der Mix der total 103 Wohnungen ist mehrheitlich auf Familien ausgerichtet, bietet aber auch mit Wohnateliers und Cluster-Wohnungen weiteren Wohnformen Platz. Das Projekt ist explizit gemeinnützig organisiert. Die Siedlung ist verkehrsfrei konzipiert und lässt viel Raum für eine naturnahe Umgebungs-Gestaltung.

### 2. Beispiel Plattformen

#### Crossiety - der digitale Dorfplatz

(Die interaktive App für Gemeinden, Städte und Regionen - [www.crossiety.ch](http://www.crossiety.ch))

Der digitale Dorfplatz ist eine lokale und sichere Kommunikationsplattform für Gemeinden, Städte und Regionen. Auf dieser interaktiven App können Verwaltungen ihre Bevölkerung erreichen sowie ihren Einwohnerinnen und Einwohnern einen Ort des Austausches für ein aktives lokales Zusammenleben bieten. **Über 90 Verwaltungen** setzen in der Kommunikation bereits auf Crossiety.

**Vereine** zum Beispiel können auf dem digitalen Dorfplatz die lokale Bevölkerung erreichen, sie über ihr Angebot und ihre Aktivitäten informieren. Zudem bietet die App die Möglichkeit, im Verein intern zu kommunizieren und alle Mitglieder zu erreichen, und dies auf einer Plattform, welche von der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

## Fazit

### Was brauchen die Initiativen?

- Finanzielle Förderung von Ausbau und Wachstum (über Stiftungen, Fonds, den Staat).
- Ideelle Förderung durch Coaching (technologisches Know-how, Businessplanung, Hinweise auf Ressourcen)
- Bedürfnisabklärung und zielgerichtete Antworten.

### Investitionen lohnen sich

- Soziale Initiativen führen oft zu breiterer Partnerschaft mit staatlichen Akteuren und/oder der Privatwirtschaft. Digitale Plattformen verstärken die Wirkung.
- Nachbarschaftliche Initiativen führen zu einer volkswirtschaftlichen Entlastung der Gesellschaft und sind für den Staat rentabel.
- Selbstorganisation weckt eigene Kräfte, stärkt das Selbstvertrauen und fördert die Kreativität.
- Lösungsansätze werden durch das voneinander Lernen und Sich-Austauschen in der Praxis getestet.

---

## Fragen aus dem Publikum

1. „Nicht befriedigte Bedürfnisse“ sind Auslöser für zivilgesellschaftliche Innovationen (Beispiele: Sorgentelefon für Senior\*innen, Informationsplattform für neue Heizungsmodelle). Hat die Wirtschaft, hat der Staat etwas unterlassen, was für die Gesellschaft nötig ist?

*Referentin: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen zusammen arbeiten. Diese Zusammenarbeit verläuft aber zu träge, die Gesellschaft muss ab und zu laut werden (Klimajugend!). Die Wirtschaft sollte engagiert mitmachen, weil der Umbau, die Modernisierung einer Firma genau so aufwändig ist wie eine Neugründung. Ohne nachhaltige Innovationen bekommen wir ein Problem!*

2. In der Zivilgesellschaft werden Probleme erkannt – der Staat aber soll daraufhin mithelfen, Lösungen zu finden. Gilt die Feststellung: Bedürfnisse werden selbstorganisiert aufgedeckt, dann erwartet man, dass der Staat Lösungen sucht und sie finanziert?

*R: Der Staat kann gar nicht alles selber machen. Er kann ev. die Bedingungen für private Initiativen erleichtern, Hilfe zur Selbsthilfe fördern. Ohne Anstösse und Mithilfe aus der Bevölkerung geht es nicht. Gute Beispiele: Die Gründung von Kitas oder von Wohnbaugenossenschaften.*

3. Im Referat wurde eingehend berichtet, welche privaten Initiativen in der Stadt Bern laufen. Gibt es ähnliche Innovationen in andern Städten? Und wie steht es im ländlichen Raum?

*R: Zivilgesellschaftliche Initiativen finden wir in allen grösseren Städten. Überall ist eine grosse Kreativität fest zu stellen. Organisierte Gruppen, Vereinsgründungen und spontane Aktivitäten gehören zum Leben in der Stadt. Im Gegensatz zu Ländern in der EU fördert bei uns der Staat zivilgesellschaftliche Vorstösse (zu) wenig. Auf dem Lande (wo immer das ist) gibt es weniger Bewegung, wir finden aber ebenfalls gute Beispiele wie Dorfläden, die von Frauengruppen geführt werden oder organisierte Nachbarschaftshilfe im Berggebiet.*

4. Wie kann eine Stadtbehörde einen Rahmen schaffen, der soziale Innovationen fördert?

*R: Sie muss fördern was da entsteht, mit Coachings z.B. oder Fachberatung (IT), die Vernetzung anstossen und mithelfen, Innovationen sichtbar zu machen. Es braucht nicht immer eine finanzielle Unterstützung.*

5. Können sozialgesellschaftliche Initiativen selbsttragend sein?

*R: Grosse Gewinne sind kaum zu machen, viel Gratisarbeit ist nötig. Es gibt ein „soziales Unternehmertum“ meist als KMU. Kleinere Zellen haben mehr Spielraum, viele Star-Ups zeigen das. Sind sie dann erfolgreich, kaufen oft grosse Firmen sie auf. Diese können eine gute Infrastruktur bieten, holen sich so Kreativität und Innovation von aussen.*

---

## 2. Veranstaltung

### Nachbarschaft und Fusionen in Gemeinden und Regionen Wie sind Fusionen erfolgreich?

Aus aktuellem Anlass untersuchen wir Chancen und Risiken von Gemeinde-Fusionen und fragen uns, welche Faktoren für deren Erfolg zentral sind. Kurt Fluri berichtet von seinen Erfahrungen in Solothurn, Paul Huber begründet die erfolgreiche Fusion von Littau/Luzern.

Anschliessend werden wir informiert, wo wir im Prozess Kooperation Ostermundigen Bern KOBE stehen und wie das für die Stadtregion Bern bedeutsame Projekt vorwärts gebracht werden kann: Wie soll die Bevölkerung einbezogen werden? Unter welchen Bedingungen hat das Projekt KOBE Aussicht auf Erfolg?

#### 1. Fusion abgelehnt – wieso die „Big Five“ im Kanton Solothurn keinen Erfolg hatten

*Input-Referat von Kurt Fluri, Nationalrat, alt Stadtpräsident von Solothurn*

Wer nach Solothurn kommt, stellt keine Gemeindegrenze fest. Die Stadt (17'000 Einwohner) ist mit ihrer Agglomeration (60'000 E.) zusammengewachsen. Sie leidet unter grossen **Zentrumslasten** und kämpft seit langem um eine bessere Abgeltung durch die Agglo-Gemeinden. 12% des Budgets werden für kulturelle Zwecke aufgewendet - drei Viertel der Besucher von Theater, Kino, Museen und andern Angeboten stammen aus der Region - zusätzlich fallen für die Kernstadt die Kosten für die Stadtpolizei, die Feuerwehr und den Öffentlichen Verkehr an. Der Referent bedauert lebhaft, dass es schweizweit keine Untersuchungen über Zentrumsnutzen gibt.

Die Lasten der Stadt und die zahlreichen Zweckverbände im Kanton führten zu Diskussionen über mögliche Gemeindefusionen. Am Ende blieben die „**Big Five**“, nämlich Derendingen, Biberist, Luterbach, Zuchwil und Solothurn als Kandidaten übrig. Am 8.12.2015 wurde durch Volksabstimmungen entschieden: 3 Gemeinden ziehen sich zurück, **nur in Zuchwil und Solothurn ergibt sich eine JA – Mehrheit**. Auf Grund der mehrheitlichen Ablehnung ist die Fusion vorerst vom Tisch. Die zwei „positiven“ Gemeinden bleiben im Gespräch. Der Referent hofft, dass in ein paar Jahren ein zweiter Versuch gestartet wird.

#### Gründe für die Ablehnung der Fusion

- Die Abschaffung der Gemeindeversammlungen verursachte den grössten Widerstand.
- Man befürchtete eine Dominanz der Stadt, die Identität der Gemeinde gehe verloren.
- Die kleineren Gemeinden sind meist wohlhabend, sie hatten Angst vor einer Erhöhung des Steuerfusses.
- In den beteiligten Gemeinden gibt es keine Personalprobleme, alle Gremien können durch Kampfwahlen besetzt werden.

## 2. Fusion gelungen – Luzern und Littauen schliessen sich zusammen

*Input-Referat von Paul Huber, alt Regierungsrat Kanton Luzern*

Bereits in den 1990-er Jahren entstand die Idee, die Anzahl der Gemeinden im Kanton Luzern zu halbieren. Dieser Grossversuch lief ins Leere. Viele der angefragten Gemeinden sind sog. Schlafgemeinden. Fehlendes Interesse und schwach besuchte Bürgerversammlungen waren Gründe gegen einen Einstieg in die Fusion.

Nach 10 Jahren Diskussion entschieden die Stadtpräsidenten von **Luzern** (ca. 60'000 Einwohner) **und Littauen** (17'000 E.), dass sie ihre Fusion vorantreiben wollen. Beide Präsidenten waren „Überzeugungstäter“, sie führten den Fusionsprozess straff und konzentriert durch. So gab es wenig „Einfallstore“ für Gegner. Stets konnten sie auf die kommende Vereinbarung und die Volksabstimmung hinweisen.

Für den späteren Erfolg waren **folgende Versprechen massgebend**:

- Der Steuerfuss wird für Luzern nicht steigen, für Littauen gar sinken.
- Die Verschuldung der Gemeinden wird nicht zunehmen.
- Trotz Verschlankung der Verwaltung erhalten alle Angestellten eine Stellengarantie.
- Es werden keine Dienstleistungen abgebaut, die Bürgernähe ist garantiert.
- Die Raumplanung wird im bestehenden Rahmen weiter geführt, die Vorgaben der Gemeinden respektiert.

Eine **schlanke Organisation** und ein aussenstehender Projektleiter waren für den positiven Ablauf mit entscheidend. Die Loyalität der Führung in der Verwaltung war durch die Stellengarantie gesichert. Obschon ein 20 Mio - Kredit für die Kosten der Fusion vom Volk abgelehnt wurde, liessen sich die Antreiber nicht beirren. Stolpersteine wurden gelassen angegangen, und die Zusicherung, dass neue Probleme mit einbezogen würden, schaffte Vertrauen. 2007 wurde der Fusion durch Volksabstimmungen zugestimmt, und 2010 war sie vollzogen!

**Positive Auswirkungen der Fusion:** Durch die Stärkung der Legislative, dank der Einführung eines Parlaments resultiert ein Demokratiegewinn. Doppelspurigkeiten in der Verwaltung können vermieden werden. Die ältere Bevölkerung der Stadt Luzern wird durch das jüngere Littauen „aufgefrischt“. Alle Beteiligten fühlen sich heute als Luzerner/innen, die Gemeinden sind organisch zusammengewachsen.

## 3. Berichte aus dem Prozess der Kooperation Ostermundigen Bern KOB

### Wie steht es in Bern?

*Informationen von Diego Bigger, Stadtrat und Präsident der städtischen Agglo-Kommission*

Nachdem die Idee eines „Gross-Bern“ von Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz abgelehnt wurde, bleiben nur Bern und Ostermundigen als Kandidaten für einen Zusammenschluss übrig.

**Die Fusionsverhandlungen sind auf gutem Weg:** Der Gemeinderat der Stadt Bern legte im November dem Stadtrat die **Eckwerte** zu den Fusionsverhandlungen mit Ostermundigen vor. In wichtigen Fragen stehen Lösungen bereit. So soll die Integration des neuen Stadtteils im künftigen Gemeinderat über eine integrationsbeauftragte Person sichergestellt werden. Zuständig für die Verhandlungen ist in Bern die Agglomerations-Kommission des Parlamentes. Im Zentrum der Diskussion stehen die künftige Ausgestaltung von Gemeinderat und Stadtrat, die Regelung des Wahlsystems und die Stadtteilpartizipation. Bis im Sommer sollte ein Fusionsvertrag vorliegen, die Volksabstimmungen in beiden Gemeinden sind für 2023 geplant.

### Wie kommt das „Eckpunktepapier“ in Ostermundigen an?

*Informationen von Timon Richiger, er vertritt Ostermundigen und „Bern Neu Gründen“*

Ostermundigen hat den laufenden Fusionsprozess angestossen und ist froh, dass er so zügig vorankommt. Das Parlament war immer positiv dazu eingestellt. Wichtig ist es, dass beide Seiten bereits jetzt, vor dem Vorliegen eines Vertrages, mitreden können. Enttäuscht ist Ostermundigen von der Kommunikation mit der Stadt Bern, sie sei zu wenig offen gewesen für Ostermundigens Anliegen. Mit der Diskussion über die Eckwerte kann das nun nachgeholt werden. Einen zusätzlichen Austausch ausserhalb der Behörden findet Richiger wichtig.

## Wie steht es mit der Partizipation? – eine Schlussrunde

Für **Richiger** ist das der zentrale Punkt der Verhandlungen. Man müsse ergebnisoffen diskutieren, die Bevölkerung früh einbeziehen. Er spüre grosses Interesse in Ostermundigen.

**Bigger** fragt sich, was denn „Partizipation“ eigentlich heisse? Für ihn bedeute das Ängste abholen, Quartierorganisationen und Wirtschaftsvertreter mit einbeziehen. Die Identitätsfrage sei für Ostermundigen viel wichtiger als für Bern.

**Fluri** hat, wie oben beschrieben, wenig Interesse für eine Mitsprache in der Bevölkerung erlebt. In „seinem“ Fusionsprozess war Partizipation nicht gefragt.

**Huber** setzt ein Fragezeichen und betont, dass man nicht zu viel Partizipation einplanen dürfe. Man könne nicht Hunderte von nötigen Kompromissen mit der Bevölkerung diskutieren! Der Zeitplan für eine Fusion müsse eng sein, damit der Spannungsbogen nicht zusammenfällt. Es sei ein „Helikopterblick“ nötig, man dürfe sich nicht in Details verlieren.

---

## 3. Veranstaltung

### Stadt und Land – von Grubengräber:innen und Brückenbauer:innen

Der Graben zwischen Stadt und Land ist ein Thema, das in schöner Regelmässigkeit in politischen Diskussion auftaucht. Befeuert durch die plakativen Thesen der SVP und den aussergewöhnlichen Abstimmungen im letzten Jahre wird jetzt wieder emotional darüber diskutiert.

Sind Stadt und Land wirklich so verschieden? Gibt es den Graben und wenn ja – welche Auswirkungen zeigen sich? Wie könnte die Kluft überwunden werden?

Diesen Fragen wird in der folgenden Diskussion und einem Inputreferat nachgegangen.

#### Podiumsdiskussion 1. Teil

##### Podiumsgäste:

*Beat Kohler BK, Meiringen, Grossrat, Präsident GRÜNE Berner Oberland; Alike Panayides AP, Ostermundigen, Gemeinderätin SVP; Flavia Wasserfallen FW, Stadt Bern, Nationalrätin SP*

**Moderation:** *Beatrice Born BO, vormals SRF2 Kultur*

**BO** *Woher kommen Sie und wo leben Sie jetzt als engagierte Politiker:innen?*

**FW** Aufgewachsen in der Agglo Bern, lebe ich jetzt im Breitenrainquartier. Ich bin ein Stadtmensch und schätze dieses Privileg: die Wege zur Arbeit, zum Einkaufen sind kurz, spontane Begegnungen jederzeit möglich. Müsste ich in Meiringen leben, würden mich vor allem die langen Anfahrtswege stören.

**BK** Ich bin in Stettlen aufgewachsen. Einen Dichtestress würde ich in städtischer Umgebung nicht erleben, weil ich erst nach meiner Ausbildung nach Meiringen gezogen bin.. In Meiringen fühle ich mich nicht auf dem Lande, durch den Tourismus erlebe ich die Menschen offen und vielfältig.

**AP** Seit 30 Jahren wohne und lebe ich in Ostermundigen. Ich bin also eine echte Agglomerations-Vertreterin. Da ich auch in der Stadt meistens mit dem Auto unterwegs bin (und übrigens immer einen Parkplatz finde) müsste ich bei einem Ortswechsel nach Meiringen nur auf ein Allrad-Auto umsteigen, allerdings auch mehr Zeit einrechnen.

**BO** *Apropos Auto: Wie begründen Sie die Ablehnung der Änderung der Motorfahrzeugsteuer letzten Sonntag? (Stadt Bern 74% und Meiringen 37% Ja)*

**BK** Steuererhöhungen sind immer unbeliebt, ich finde die Stadt-Land-Unterschiede nicht gravierend. Es gab auch im Mittelland Orte mit wenig Ja-Stimmen.

**FW** Trotz der unterschiedlichen Ablehnung der Vorlage rede ich nicht gerne über „Gräben“. Die SVP befeuert zwar die Animositäten zwischen Stadt und Land, das ist ihre Strategie, und die Medien schätzen das. Es ist aber alles viel komplizierter, als es tönt. Ich finde es wichtig, dass wir miteinander reden.

**AP** Die Vorlage wurde abgelehnt, weil sie überladen war und bei einer Umverteilung von 40 Mio Fr die Einzelnen nur wenige Franken erhalten hätten. Nicht nur die Steuererhöhung war schuld. Und gegenüber FW muss ich die SVP des Kantons in Schutz nehmen, wir wollen nicht provozieren (wie es die schweizerische Partei tut).

**BO** *Frau Panayides, Sie sind Geschäftsführerin der SVP des Kantons Bern. Wie schaffen Sie es, Stadt und Land auf eine Linie zu bringen?*

**AP** Wenn wir nicht markige Worte wählen, wird nicht über die SVP diskutiert. In der Stadt Bern ist das nötig. Ich selber verteidige aber bei den Landsektionen oft die Anliegen der Stadt. Auf dem Land ist alles etwas anders: die Grossräte haben es nicht nötig, Vorstösse im Rat zu machen, da man sie auch so in ihrer Region kennt.

## **Der Stadt – Land - Hügel**

*Referat von Alina Zumbrunn, M.A., Lehrstuhl für Politische Soziologie, Universität Bern*

### **Woher kommt der Stadt-Land-Graben?**

Im 19. Jahrhundert fand die industrielle Revolution statt. Die Landbevölkerung fand Arbeit in den Fabriken. Sie konnte dort Geld verdienen und damit Güter kaufen. Es entstand ein Konflikt zwischen dem primären und dem sekundären Sektor. Mit Agrarprotektionismus und Zöllen auf ausländischen Nahrungsmitteln versuchten die Regierenden zu steuern. Die beiden Weltkriege stärkten die Bedeutung der Landbevölkerung. 1919 führte das zur Gründung der „Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB)“. Auch in den letzten Jahrzehnten zeigten sich immer wieder neue Konflikte: Von der „Kleinbauerninitiative gegen Tierfabriken“, über die „Fristenlösung“ bis zum Beitritt zum „Schengen-Abkommen“ wehrte sich das Land stets gegen Neuerungen.

### **Wie sieht der Stadt-Land-Graben heute aus?**

Es zeigen sich drei Dimensionen:

- Links gegen rechts: Städte sind für mehr Sozialstaat, das Land für mehr Wettbewerb
- Libertär-offen gegen konservativ-geschlossen: Städte sind für Öffnung und Globalisierung, das Land für mehr Schliessung und Abschottung
- Umweltschutz gegen individuelle Freiheit: Stadt kämpft für Umweltschutz, das Land für individuelle Freiheit

Aktuell zeigt sich der Gegensatz in der Abstimmung über die **Motorfahrzeugsteuern** (13.2.22). Wir erleben eine höhere Zustimmung in den städtischen Räumen und eine starke Ablehnung auf dem Land. Resultate in den Wohnorten der Podiumsgäste: Stadt Bern 74%, Ostermündigen 56% und Meiringen 37% Ja.

*„Es gibt im Kanton Bern einen Stadt-Land-Graben. Das hat die Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern vom vergangenen Sonntag erneut bestätigt: In über 300 der 346 Gemeinden des Kantons gab es Nein-Mehrheiten. Die Gemeindegrösse spielte dabei eine Rolle: Je weniger Stimmberechtigte, desto deutlicher wurde die Vorlage abgelehnt! (...)*

*(Der BUND 16.2.22, Seite 17 „Geht es ums Auto, öffnet sich der Stadt-Land-Graben weit.“)*

### **Die Abneigung ist asymmetrisch**

Wir stellen eine grössere Missgunst der Landbevölkerung gegenüber den Städter:innen fest: Diese seien oft arrogant, egoistisch und oberflächlich. Doch beide Seiten fühlen sich zu wenig wertgeschätzt. Mehr Verständnis zeigt sich bei Städter:innen, die bereits auf dem Land gelebt haben. Freunde in der Stadt/auf dem Land helfen ebenfalls, negative Gefühle abzubauen. Berichte und Portraits in den Medien können zu mehr Verständnis beitragen. Es zeigt sich eine Diskrepanz zwischen subjektiver und objektiver Einteilung der „Landbewohner:innen“: von 72%, die angeben, auf dem Land zu wohnen, leben die meisten in der Agglomeration, und nur 26% sind wirklich zur Landbevölkerung zu zählen. Ein steter Begleiter in der schweizerischen Politik ist die Romantisierung der Vergangenheit:

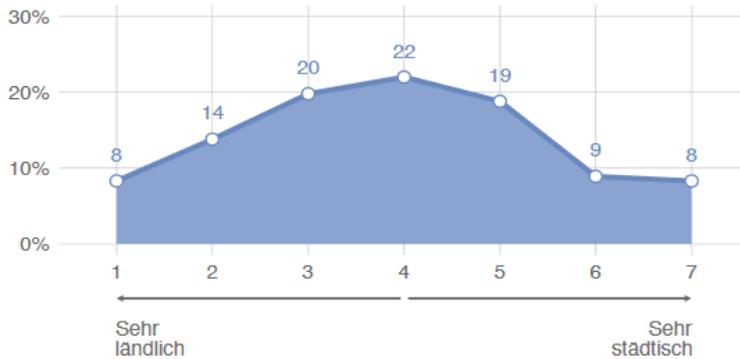
*«Unsere nationale Geschichte stellt im Grunde das Schicksal eines Bauertums und Bauernvolkes dar, das sich immer wieder gegen die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Hauptstädte hatte wehren müssen.»*

*(Emil Dürr, Historiker, Basel, 1934)*

### **Kann man überhaupt von einem „Graben“ sprechen?**

*„Die Auswertung aller Abstimmungsdaten der letzten Jahre zeigt, dass es zu einer deutlichen Ausweitung des politischen Stadt-Land-Gegensatzes gekommen ist. Bei 14 der 22 Abstimmungen der aktuellen Legislatur hat sich eine Stadt-Land-Differenz geöffnet, die weit über dem langjährigen Schnitt liegt. 11 Mal wurden die Städte überstimmt, der ländliche Raum nur ein einziges Mal.“ (Bericht der Forschungsstelle Sotomo im Monitoring der Fenaco)*

Wo die Schweizer-Bevölkerung wirklich wohnt, zeigt die folgende Übersicht aus der Sotomo-Studie:



### Ergebnis

Wir leben zwischen den Polen! 57% der Schweizer Bevölkerung wohnt in einer Agglomeration. Nur 46% ordnen sich im Stadt-Land-Konflikt einer Seite zu. **Wir müssen von einem Hügel reden anstatt einem Graben!**

### Fazit

Der Stadt – Land - Graben

- geht bis ins 19. Jahrhundert zurück
- dreht sich heute auch um nicht-landwirtschaftliche Themen
- ist nicht symmetrisch
- ist vielmehr ein Hügel als ein Graben
- kann überwunden werden durch Wertschätzung und Austausch

---

## Diskussion 2. Teil

**BO** Die Stadt sieht also das Land positiver als umgekehrt der Fall ist. Ist „das Land empfindlich“

**BK** Ja, ich erlebe es so in Meiringen. Ich spüre die Haltung „wer bezahlt, befiehlt!“ Die Städter fragen nicht, sie nehmen sich den Platz. Das Home-Office bringt zur <Zeit mehr Städter:innen aufs Land. Ich muss bei dieser Gelegenheit die Gleichung Land = Bauer korrigieren. Bauern sind eine kleine Minderheit in der Schweiz, die meisten sind Teilzeitbauern.

**AP** Innerhalb der SVP findet ein Dialog statt. Doch es stört uns, dass die Städter mit ihrer linken Politik vermehrt aufs Land streben. Das Problem der Zweitwohnungen zum Beispiel ist eines der Stadt.

**FW** Während meiner 10 Jahre im Grossrat habe ich immer eine Einmischung der Räte vom Land in die Probleme der Stadt erlebt. Das Gefühl, der Landbevölkerung, zu kurz zu kommen, widerspricht den Fakten (siehe Sotomo-Bericht).

*Ergänzung des **Stadtpräsidenten** Alec von Graffenried:*

*Ein grosser Teil der Bevölkerung ist weder Stadt noch Land. Jedes Jahr ziehen 10% der Bewohner:innen weg aus der Stadt und andere 10% ziehen zu. Der Gegensatz ist komplizierter als es scheint. Man müsste multipolar darüber diskutieren, es gilt ein Sowohl – als auch. Der Agglomeration gehört die Zukunft.*

**BO** Wie steht es mit der Bereitschaft der Parteien, zuzuhören? Ist die SVP die Profiteurin des Grabens?

**AP** Schön wäre es! Der Modernismus wird zunehmen und das Land weiter verlieren. Die Städte haben kein Interesse, entgegen zu kommen. Dank unserer direkten Demokratie ist der Graben aber nicht zu tief.

**FW** Die SP ist nicht nur in den Städten präsent. Wir setzen uns dafür ein, dass der Service Publique auch auf dem Land ausgebaut und gleiche Bildungschancen gewährleistet werden. Man muss das Bild der Schweiz endlich modernisieren, das seit der Gründung der Eidgenossenschaft mystifiziert wird.

**Schlussfrage:** Sind Minderheiten noch bereit, Entscheide der Mehrheit zu akzeptieren?

**AP** Da sehe ich kein Problem, die Schweiz ist so kleinräumig, dass man sich kennt. Zudem vertraue ich auf den Mechanismus unserer politischen Institutionen.

**BK** Ich sehe in letzter Zeit Schwierigkeiten auf uns zukommen. Vor allem in den Sozialen Medien erlebe ich eine negative Entwicklung.

**FW** Es beschäftigt mich, wie während der Pandemie rasch und von vielen Seiten Verschwörungstheorien verbreitet wurden. Kleine Gruppen nehmen grossen Raum ein. Ebenfalls in meiner politischen Tätigkeit nehme ich eine härtere Gangart wahr.

---

#### 4. Veranstaltung

mit Beteiligung der Sektion Bern der Europäischen Bewegung Schweiz

### Zum Krieg in der Ukraine

Der unerwartete und menschenverachtende Krieg Putins in der Ukraine dominiert zurzeit unsern Alltag. Aus diesem aktuellen Anlass wurde die angekündigte Veranstaltung zum Thema „**Die Schweiz in Europa**“ umstrukturiert: Thema war der Krieg in der Ukraine. Die vorgesehenen Referate von *Petros Mavromichalis* (*EU-Botschafter in der Schweiz*) und von Prof. Dr. André Holenstein wurden aus Zeitgründen sistiert.

*Ein Buchtipp für Interessierte: „Die Souveränität der Schweiz in Europa: Mythen, Realitäten und Wandel“ von André Holenstein und Thomas Cottier, erschienen 2021 im Verlag Stämpfli, Bern.*

#### 1. Lagebericht aus der Ukraine

**Andrii Biriuchenko**, Botschaftsrat Ukrainischen Botschaft Bern

Das Geschehen kennen wir alle aus den Medien. Der eindrückliche und persönliche Vortrag, der die prononcierte Stellungnahme der Betroffenen wiedergibt, machte tiefen Eindruck. Aus Respekt vor dem Referenten steht es mir als Schreibendem nicht zu, eine kurze Zusammenfassung des Textes zu verfassen und zu entscheiden, was an der Stellungnahme besonders wichtig sei. Aus diesem Grunde wird **der ganze Text des Referates als Anhang** dieser Zusammenfassung beigelegt.

#### 2. Ergänzungen aus der Sicht der EU

**Petros Mavromichalis**, EU-Botschafter für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

P.M. konnte sich nie vorstellen, dass im 21. Jahrhundert ein derartiger Krieg in Europa losbrechen würde. Er nennt Putins Angriff einen „Kolonialkrieg“. Putin sei ein Machtmensch, der keine andern Meinungen, keine demokratischen Entwicklungen in seinem vermeintlichen Machtbereich akzeptieren könne. Er habe bereits Kriegserfahrungen aus den Angriffen auf Tschetschenien, Georgien, Syrien, die Krim und den Donbas. P.M. vergleicht Putins Vorgehen mit Hitlers Annexion 1938 von Österreich.

*Frage: Was nützen die Sanktionen?*

P.M. rühmt die Geschlossenheit des Westens und die Wirkung der Sanktionen. Neben den offiziellen Massnahmen begrüsst er den Rückzug grosser Firmen (Coca Cola, Appel, Shell u.a.). Er sieht keine grosse Gefahr, dass Russland Unterstützung aus China bekommt, da zur Zeit 80% der Gas- und Öllieferungen in den Westen gehen und solche Ströme nicht rasch umgestellt werden können. Von China könne Putin nicht viel mehr als gute Worte erwarten.

*Frage: Wieso hat die EU diesmal so rasch reagiert und sich geeint in der Aufnahme von Flüchtlingen?*

Es geht hier im wörtlichen Sinne um Leben und Tod. Das läuft nicht auf der gleichen Ebene wie die Flüchtlingskrise und – verteilung in Griechenland. Erfreulich ist die Haltung der sonst eher kritischen Staaten Polen und Ungarn. P.M. arbeitet seit 34 Jahren für die EU. Noch nie hat er eine so schnelle Einigung erlebt! Das hatte Putin nicht so erwartet, wie er ebenfalls den Zusammenschluss der NATO nicht vorausgesehen hat. Europa ist so einig wie noch nie.

*Frage: Was denken Sie über den Wunsch Selenskis, dass die Ukraine EU-Mitglied werden solle?*

Die Ukraine ist wohl ein europäischer Staat, hat eine demokratische Verfassung und ein mit der EU konformes Rechtssystem. Sie ist aber erst seit 1991 ein selbständiger Staat, es müssten noch viele wirtschaftliche und ausserpolitische Fragen geklärt werden. Das würde lange dauern. Zudem hat sie die Korruption noch nicht im Griff. Ein Beitritt ist zurzeit nicht möglich. Auch Georgien war ein Kandidat für die Aufnahme in die EU. Das hat Putin verhindert, indem er in das Land einmarschiert ist und dort zwei Enklaven geschaffen hat (siehe auch Donbas), so dass die Aufteilung des Landes weitere Verhandlungen unmöglich machte.

P.M. betont, wie wichtig die Staatsform der Demokratie ist. Sein Credo: **Freiheit ist nicht bezahlbar!** Die Schweiz habe ja eine grosse Erfahrung. Sie zeige trotz intern verschiedener Meinungen gegen aussen eine grosse Einigkeit. Unser System habe sich bewährt. Es sei aber wichtig, Beziehungen nach aussen, besonders zur EU zu pflegen.

### 3. Was bedeutet die Neutralität der Schweiz?

**Prof. Dr. André Holenstein** Universität Bern, Professur für ältere Schweizer Geschichte und vergleichende Regionalgeschichte

Der Überfall auf die Ukraine bedeutet auch für die Schweiz eine Zeitenwende. Es stellt sich laut und deutlich die Frage: Was bedeutet unsere Neutralität?

Neutralität ist ein Konzept, das einem Schwachen Sicherheit geben soll. Es ist aber immer vom Umfeld abhängig, ob sie anerkannt wird. So wurde 1815 am Wienerkongress, ohne dass die Eidgenossenschaft am Verhandlungstisch sass, von unsern Nachbarländern beschlossen, dass die Schweiz neutral bleiben solle. Beide Seiten müssen überzeugt sein, dass ihnen die Neutralität nützt. Nur dann funktioniert sie. Es wäre gut, wenn sich die Schweiz davon verabschieden würde, zu glauben, dass sie alleine darüber bestimmen könne.

Wer in einem Konflikt politisch neutral bleibt, muss wissen, dass er nach dem Krieg allein auf sich gestellt sein wird (Schweiz nach 1945). Was den Wunsch von Präsident Selenski angeht: Eine neutrale Ukraine ist z.Z. nicht denkbar, später kann eventuell eine Blockfreiheit angestrebt werden.

**Eine „Gesinnungsneutralität“ gibt es nicht**, wir müssen uns an den Menschenrechten orientieren. (Zitat Caroline Emcke, Friedenspreisträgerin im BUND vom 11.3.22: „Es ist eine Pervertierung der Idee von Neutralität, die verhindert, dass Dinge beim Namen genannt werden.“)

---

## 5. Veranstaltung

### Die Schweiz und ihre neuen grossen Nachbarn – globale Friedens- und Sicherheitspolitik im Wandel

Die Rahmenbedingungen der Geopolitik, der Sicherheits- und Friedenspolitik haben sich seit dem Fall der Berliner Mauer gewandelt. Der aktuelle Krieg gegen die Ukraine zwingt uns weltweit zu einer Neubewertung. Auch die politischen Diskussionen in der Schweiz sind nun geprägt von zahlreichen Forderungen nach einer umfassenderen Sicherheitspolitik oder dem Wunsch nach Autarkie in Energie- und Versorgungsfragen.

Die Neuordnung der Machtverhältnisse, besonders in der globalisierten Ökonomie, ist nicht erst seit gestern bekannt. Der erhoffte Siegeszug liberaler Werte ist einer Realpolitik gewichen. China definiert mit der neuen Seidenstrasse ökonomisch und politisch weltweit neue Einflussphären – auch mitten in Europa. Daneben macht seit Jahren Russland nicht nur im Westen aggressive Territorial-Ansprüche geltend. Und auch die Türkei aspiriert zu neuer Grossmachtstellung in der Mittelmeerregion und im Mittleren Osten. Diese Aktivitäten und Positionierungen der «neuen» Nachbarn haben für die Schweiz wie für Europa eine grosse Tragweite.

Wir möchten diese Veränderungen mit unseren Expert:innen diskutieren und die Frage aufwerfen, welche Auswirkungen sie auf die Sicherheits- und Friedenspolitik Europas und insbesondere der Schweiz haben.

### Einige friedens- und sicherheitspolitische Thesen zum Krieg in der Ukraine

**Prof. Dr. Laurent Goetschel**, Direktor Swisspeace und Friedensforscher

#### 1. Russland ist kein Teil der westeuropäischen Wertegemeinschaft geworden

Es ist nicht gelungen, nach der Auflösung der Sowjetunion 1991, gemeinsame Grundlagen für eine europäische Sicherheitsarchitektur zu finden. Russland ist nicht bereit, die folgenden Bedingungen zu übernehmen:

- Gemeinsame Europäische Sicherheitsarchitektur: Kurzfristig gab es zwar die Vision einer Ausdehnung der „Partnerschaft für den Frieden“ nach Osten, das Misstrauen Russlands ist aber zu gross.
- Respektierung nationaler Grenzen: Leider zeigen die Annektion der Krim und der Angriffskrieg gegen die Ukraine, dass sich Russland nicht an das Völkerrecht hält.
- Einhaltung der Menschenrechte: Der Umgang mit der Opposition und frühere Kriege (Tschetschenien, Georgien, Syrien) zeigen, dass die Russische Regierung ohne Rücksicht auf Menschenrechte vorgeht.

- Einbindung der Politik durch Handel war lange DIE grosse Hoffnung des Westens: Wenn wir uns ökonomisch verbinden, werde das gegenseitige Verständnis grösser. Der Gründer des WEF hat seine Veranstaltungen in Davos immer unter dieses Motto gestellt. Heute müssen wir einsehen, dass wirtschaftliche Abhängigkeit eher Spannungen als eine Annäherung bewirkt!

## 2. Versagt hat die Friedens-, nicht die Sicherheitspolitik

- Die NATO-Abschreckung hat bisher funktioniert: Russland ist in die Ukraine nicht in ein Land, das zum „Abschreckungsgebiet“ zählt, einmarschiert, sondern in einen Zwischenbereich, quasi in ein Machtvakuum.
- Die Konfliktprävention hat versagt. Der Westen hatte keinen Zugang zu relevanten Akteuren der Zivilgesellschaft. Der Anspruch des Westens, Frieden zu schaffen durch eine Ausdehnung der Sicherheitsarchitektur nach Osten hat sich nicht erfüllt.

## 3. Es gilt eine postliberale Weltordnung

Der Mauerfall 1989 und die Ausweitung von EU und NATO gegen Osten sind nur ein Teil der „neuen Weltordnung“, die nicht mehr die westlichen Werte ins Zentrum stellt:

- Eine gestärkte Multipolarität in Ländern der 3. Welt macht die vorangehende Hegemonie des Westens sichtbar.
- Die Sanktionen gegenüber Russland wurden von nur 36 (westlichen) Staaten erlassen, die überwiegende Mehrheit (140 Länder) verhängte keine, auch wenn der Völkerrechtsbruch kritisiert wurde.
- China in der Rolle des „aktiven Beobachters“ nimmt im Ukrainekrieg aussenpolitisch nicht Stellung. Das Land bleibt ein Unsicherheitsfaktor, es kann im Ukrainekrieg nur gewinnen.
- Die Türkei tritt neu als regionale Ordnungsmacht und Mediator auf. Merke: Ein Vermittler muss nicht neutral sein.
- Der Westen hat keine unbefleckte Weste (Irak 2003, Libyen 2011 u.a.). So hat z.B. der UNO-Sicherheitsrat keine Resolution gegen den Krieg in Syrien verabschiedet.
- Wirtschaftliche Vernetzung schafft noch keinen Frieden (G 8, WEF). Der Westen muss sich von der Vorstellung, Handelsbeziehungen mindern die Gefahr eines Konfliktes, verabschieden.
- Wir müssen uns an eine Ko-Existenz liberaler Werte mit gestärkten reaktionären oder konservativen, gar illiberalen Kräften gewöhnen.

## 4. Wiedergeburt der Neutralität

In Friedenszeiten interessiert die Neutralität niemanden. Der Referent ist erfreut, dass sie jetzt in der Schweiz engagiert diskutiert wird. Die Öffentlichkeit ist gespalten: soll man solidarisch mit den Angegriffenen sein oder dürfen Neutrale sich nicht einmischen? Es zeigt sich in den Diskussionen, dass genaueres Wissen fehlt. Wichtige Begriffe:

- **Neutralitätsrecht** beruht auf den Hager Abkommen von 1907. Ein neutraler Staat darf sich nicht in bewaffnete Konflikte einmischen, weder mit Truppen noch mit Waffen. Er darf sich auch keinem Militärbündnis anschliessen.
- **Neutralitätspolitik** umfasst die Gesamtheit der Massnahmen, die ein Staat über die Einhaltung des Neutralitätsrechts hinaus trifft, um die Glaubwürdigkeit seiner Neutralität zu erhalten. Ihr Spielraum ist gross.
- **„Courant normal“** bedeutet, dass die Schweiz Sanktionen gegen ein bestimmtes Land nicht übernimmt, aber dafür sorgt, dass es nicht zur Kriegsgewinnlerin wird. (Das vertritt z.B. die SVP)

Ist die Schweiz wirklich ein Sonderfall? Ja, bereits 1815 wurde im „Wiener Kongress“ die Schweiz zur Neutralität verpflichtet. Sie ist „immerwährend“ und wir sind gut gefahren damit. Finnland und Schweden z.B. leben geschichtlich bedingt eine weniger defensive Neutralität. Sie werden wohl in der nächsten Zeit in die NATO eintreten und so ihren neutralen Status aufgeben.

## 5. Was sollte die Schweiz tun?

- Unsere Neutralitätspolitik muss modernisiert werden. Wir müssen mehr Mut zur Abweichung von Normen haben.
- Die Schweiz sollte mehr in Friedenspolitik investieren als in Sicherheitspolitik.
- Der Bundesrat muss, trotz des radikal veränderten Umfeldes, unbedingt an der Ukraine-Reformkonferenz festhalten.
- Im Ausland wurde die klare Stellungnahme der Schweiz gegen den Krieg in der Ukraine positiv registriert. Jetzt besteht die Chance zur Klärung der Position unseres Landes in Europa.

## Schwerpunkte aus der Podiumsdiskussion

### Podiumsgäste

Laurent Goetschel LG, Direktor Swisspeace, Friedensforscher

Pälvi Pulli **PP**, Chefin Sicherheitspolitik VBS

Georg Häsler **GH**, Bundeshauskorrespondent der NZZ und Redaktor Sicherheitspolitik

### **Moderation:**

Beatrice Born **BO**, vormals SRF Kultur

**BO** Der 24. Februar wird für uns alle ein unvergesslicher Tag bleiben. Wann hat Sie die Nachricht des Kriegsbeginns erreicht? Zusatzfrage: Welche Art von Krieg findet da statt?

**PP** Ich hatte eine Besprechung mit einem Kollegen aus Österreich vorgesehen. Daraus wurde nichts. Es war ein schwarzer Tag. Der Angriff auf die Ukraine kam aber für mich nicht unerwartet.

Wir erleben bis jetzt einen traditionellen Krieg, doch die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen und die gravierenden Menschenrechtsverletzungen geben mir zu denken.

**GH** Auch für mich geschah der Angriff am 24. nicht überraschend. Ich wusste, dass die russischen Truppen in Angriffsgrundstellung waren, da kann man nicht mehr zurück. Vorläufig ist es ein konventioneller Angriffskrieg. Es besteht die Gefahr, dass man in einen „hybriden“ Zustand rutscht mit Besetzungen und wirtschaftlichen Druckmitteln.

**LG** Mein erster Gedanke am Morgen war: Jetzt ist es doch anders gekommen! Ich hatte keinen Krieg erwartet. Noch am Vortag hatte ich einem Journalisten gesagt, dass die Wahrscheinlichkeit für einen Kriegsausbruch bei 20% liege. Diese Einschätzung wird mir seither medial um den Kopf geschlagen.

## **1. Wertediskussion**

**BO** Herr Goetschel hat in seinem Referat erklärt, dass die Friedenspolitik versagt habe, weil es nicht gelungen sei, Russland in die westliche Wertegemeinschaft einzubinden. Wenn für Russland andere Werte gelten – wäre die Entwicklung anders verlaufen, wenn wir das gesehen und mit einbezogen hätten?

**LG** Wir haben uns gerne täuschen lassen. Es war für beide Seiten praktisch, aus ökonomischen Gründen keine Unterschiede zu sehen. Eigentlich wusste man, dass das nicht gut kommen konnte. Nun ist der Westen aus seinem Dornröschenschlaf erwacht.

**GH** Wir sind im „Gorbatschow-Modus“ stecken geblieben, und haben übersehen, dass sich hinter der Fassade in Russland ein starres und gewalttätiges System versteckt.

**PP** Wertediskussionen sind sehr aktuell und ich teile die Ansicht des Referenten. Ich vermisste aber den Einbezug der für mich zentralen Begriffe der „Demokratie“ und der „Selbstbestimmung“.

**BO** Können wir von unserer Seite aus etwas ändern, gibt es eine Möglichkeit, Russland trotz allem in die westliche Wertegemeinschaft einzubinden?

**LG** In den vergangenen Jahren haben wir sowohl in Russland wie in der Ukraine die liberalen Elemente nicht erreicht. Die Ukraine war ein gespaltenes Land. Es war schwierig, zivilgesellschaftliche Akteure an einen Tisch zu bringen. Den Begriff „Demokratie“ habe ich bewusst nicht mit einbezogen. Sie ist in Russland stillschweigend erodiert, und auch in der Ukraine nicht ohne Mängel (hohe Korruption).

**GH** Wir wissen aus der Geschichte, dass westliche Werte schon immer nur für einen Teil von Russland galten. Jetzt hat eine brutale Truppe von Leuten aus dem Geheimdienst die Macht ergriffen, die hegemoniale Wertvorstellungen durchsetzen. Demokratische Ansätze haben keine Chancen mehr.

**PP** Russland träumt wieder von einem Grossrussischen Reich. Die Ukraine wurde nicht wegen eines Machtvakuumms angegriffen. Für Putin und seine Leute ist die Ukraine kein selbständiger Staat, sondern eine Provinz des Russischen Reiches.

## **2. Sicherheitsarchitektur**

**BO** Welche Veränderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur haben Sie festgestellt?

**GH** Die westliche Sicherheitsarchitektur hat Schiffbruch erlitten, sie existiert nicht mehr. Die OSZE spielt zurzeit keine Rolle, der Einfluss der UNO ist auch nicht gross. Eine neue Weltordnung darf nicht durch Gewalt, durch einen Krieg entstehen. Doch das geschieht jetzt mit dem Angriff auf die Ukraine.

**PP** Wir erleben eine bemerkenswerte Einigkeit in Europa, dieses enge Zusammenrücken der EU gilt es zu pflegen und zu behalten. Eine Zusammenarbeit mit Russland ist nicht mehr denkbar.

**BO** Was heisst es für die Sicherheitspolitik, dass weltweit die Autokratien zunehmen?

**LG** Das Autoritäre ist zurück. Die Beispiele von Brasilien, in Nordafrika, auch Anfänge in der Türkei oder Ungarn nahmen wir zu wenig ernst. Der Krieg in der Ukraine geht uns nun viel näher als z.B. die langjährigen Konflikte in Jemen oder in Syrien. Er hat zu einem Erwachen im Westen geführt. Der Blick auf die Welt und die zunehmend autoritären Staaten hat sich geändert und ist realistischer geworden.

**GH** Eine Ergänzung zur Entwicklung in der Türkei: Auch hier haben wir es mit der Fortsetzung einer jahrhunderte alten Geschichte zu tun. Der Traum vom Osmanischen Reich und seinem Machtmonopol sind nicht verschwunden.

**BO** *Ist China der lachende Dritte in diesem Konflikt?*

**PP** China spielt eine zweideutige Politik. Gegen aussen verkündet es Offenheit und Neutralität, im Inland und seinen Medien steht es voll hinter Russland. Ich glaube aber nicht, dass es vom Krieg in der Ukraine profitiert.

**LG** China versucht, unter dem Radar durch zu schlüpfen. Es ist auf den Handel mit dem Westen angewiesen. Die ökonomischen Ziele sind ihm wichtiger als das Verhältnis zu Russland.

### 3. Neutralität im Wandel

**BO** *Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Neutralität der Schweiz? Worauf soll sich unser Land in der Sicherheitspolitik konzentrieren?*

**PP** Die Debatte über die Neutralität der Schweiz, die der Krieg losgetreten hat, ist überfällig. Wir müssen ein Modell auch für künftige Konflikte finden. Wenn solche massive Menschenrechtsverletzungen wie jetzt in der Ukraine geschehen, kann und muss die Schweiz klar Stellung nehmen. Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit.

**LG** Ich erinnere gerne an die „Villiger-Formel“ unseres ehemaligen Bundesrates: Die Schweiz kann nicht neutral sein, sie steht auf dem Boden der Völker- und der Menschenrechte. Das Neutralitätsrecht muss jedoch verhandelbar sein. Natürlich soll die Schweiz nicht in die NATO eintreten. Die „Partnerschaft für den Frieden“ (\* siehe Fussnote) in der die Schweiz mitmacht, finde ich aber eine gute Lösung. Unsere Sicherheitspolitik muss immer wieder diskutiert werden. So zeigt z.B. die Auseinandersetzung über die neuen Kampfflugzeuge, dass eine Zusammenarbeit der Schweiz im Luftraum unabdingbar ist. Schweizerpiloten trainieren bereits heute im Ausland. Wir sollten uns aber nicht in einem Streit über Flugzeugtypen verlieren, sondern im Bereich der Friedensförderung mitarbeiten und dort Erfahrungen sammeln.

**PP** Ich habe nichts gegen eine internationale Kooperation wie z.B. die „Partnerschaft für den Frieden“. Die Grundidee unserer Neutralität darf aber nicht aufgegeben werden. Die Schweiz darf nicht in eine sicherheitspolitische Abhängigkeit geraten. Die allenfalls diskutierte „Finnlandisierung“ ist kein Modell für uns, sie wurde in Finnland nach Verhandlungen mit der Sowjetunion eingeführt. Neutralität darf nicht von aussen definiert oder diktiert werden.

---

\* Die „Partnership for Peace“ PFP bietet der Schweiz einen institutionalisierten Rahmen, um mit den Ländern ihres strategischen Umfeldes einen sicherheitspolitischen Dialog zu führen. Durch die PFP erhält die Schweiz auch Zugang zu weiteren NATO-Partnerschaften mit den Ländern des Mittelmeerraums und des Mittleren Ostens. Damit kann sie Verbindungen zu wichtigen Regionen ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik knüpfen.

---